



MITTWOCH

«In Christo» auf
Geldsuche

Das Kirchenblatt «In Christo» ist finanziell ins Schlingern gekommen. Rückläufige Abonnentenzahlen und fehlende Unterstützung, so der Präsident des «Vereins In Christo», Pfarrer Adriano Burali, seien die Hauptgründe für die Probleme. Im Volksblatt-Gespräch bekräftigte der Pfarrer von Nendeln aber, dass es das «In Christo» weiter geben wird. Seite 7

«Eine
bewundernswerte
Sache»

KULTUR: Dass Kálmán Operette «Die Csárdásfürstin» im Balzner Gemeindesaal gespielt wird, hat sich herum gesprochen. Der international bedeutende Opernmanager Claus Helmut Drese berichtet, nach einem Aufführungsbesuch in Balzers, von seinen Eindrücken. Seite 11

Zech in Zypern
(noch) nicht dabei



FUSSBALL: Harry Zech (Bild), der am 26. September 2001 seinen Rücktritt aus der Fussball-Nationalmannschaft bekannt gegeben hat (das Volksblatt berichtete exklusiv), kehrt möglicherweise ins Team zurück. Allerdings wird er beim Länderspiel gegen die Färöer-Inseln am 13. Februar in Zypern und dem damit verbundenen Trainingslager aus beruflichen Gründen noch nicht dabei sein. Seite 15

Karaoke und
Cocktails



JUGEND: Die Fasnacht startet durch. Die Törmleguger Vaduz laden am Freitag, den 1. Februar alle Fasnachts- und Gugglerfreunde zur Törmleparty 2002 in den Vaduzer Saal ein. Seite 23

GWK-Pflichtmitgliedschaft verfassungsgemäss?

In Deutschland Ja – in Liechtenstein laufen neue Abklärungen

Das deutsche Bundesverfassungsgericht hat die Zwangsmitgliedschaft von Betrieben in Industrie- und Handelskammern für verfassungsgemäss erklärt. Auch in Liechtenstein soll ein baldiges Verfahren erneut Klarheit über die Rechtslage verschaffen.

Doris Meier

Zur Zeit werden rund 70 entsprechende Beschwerden bei der liechtensteinischen Landessteuerkommission geprüft. Sobald die Prüfung abgeschlossen ist, kann das Verfahren beginnen. Die Beschwerdeführer wollen mit einer Klage erreichen, dass die Mitgliedschaft bei der Gewerbe- und Wirtschaftskammer auf eine freiwillige Basis gestellt wird. «Man kommt mit der GWK eigentlich nur über die Umlage-rechnung in Kontakt, von den Leistungen spürt man überhaupt nichts», begründet Arthur Willi, Mitglied des Komitees zur Demokratisierung der GWK, seine Beschwerde. Wenn das Ganze auf eine freiwillige Basis gestellt würde, dann müsste sich die GWK seiner Meinung nach mehr um die Kunden kümmern und auch entsprechende Leistungen brin-



Die Pflichtmitgliedschaft bei der Gewerbe- und Wirtschaftskammer ist schon lange umstritten. Ein baldiges Verfahren soll Klarheit schaffen, ob sie verfassungsgemäss ist oder nicht. (Bild: DM)

gen. In der Schweiz funktionieren dies ja auch, so Arthur Willi weiter.

Ansprechpartner
des Staates

Oliver Gerstgrasser, Geschäftsführer der GWK, führt diesbezüglich in einem Schreiben aus, dass die 3500 Mitglieder der GWK sehr wohl einen Nutzen daraus zögen. So gewährleiste die GWK die Vertretung der gemeinsamen Inte-

ressen der Mitglieder gegenüber politischer Institutionen, Behörden, Verbänden, Vereinigungen sowie gegenüber der Öffentlichkeit. Ausserdem fördere die GWK die Umsetzung neuer Gesetze und Richtlinien in den Betrieben, biete verschiedene Kurse und Seminare an, beantworte Anfragen bezüglich Sozialversicherungen, verwalte das Mitgliederregister und vieles mehr. Ohne einer Pflichtmitgliedschaft könne

die GWK die Interessen der Gewerbetreibenden nicht mehr vertreten, so Oliver Gerstgrasser. Zur freiwilligen Mitgliedschaft in der Schweiz meinte GWK-Präsident Arnold Matt, dass sich hier die Frage stelle, wie freiwillig diese Mitgliedschaft wirklich sei. Zum Beispiel müsse man als Nichtmitglied bei verschiedenen Sozialleistungen einfach mehr bezahlen. «In der Schweiz darf man also freiwillig tiefer in die

Tasche greifen, aber wer tut das schon», so das Fazit von Arnold Matt.

1988 schon
Gerichtssentscheid

Der Staatsgerichtshof hat sich im Jahr 1987 schon einmal mit einer Beschwerde eines GWK-Mitgliedes befasst und entschieden, dass die Zwangsmitgliedschaft bei der GWK aufgelöst werden müsse. Allerdings gab es einen neuen Antrag bei der GWK, worauf das Verfahren nochmals aufgenommen wurde. 1988 wurde der erste Entscheid widerrufen. Damals hiess es im entsprechenden Urteil: «Die sachgemässe Erfüllung öffentlicher Aufgaben macht eine Organisation nach dem Prinzip der Pflichtzugehörigkeit sinnvoll und notwendig. Wäre der Beitritt zur GWK freiwillig, dann hinge die Zusammensetzung der Mitgliedschaft vom Zufall ab.» Auch in Deutschland wurde das jüngste Urteil des Bundesverfassungsgerichtshofes dahingehend begründet. Da heisst es: «Die Interessensvertretung durch private Verbände ist in dieser Sicht nicht im gleichen Masse am Gesamtinteresse und am Gemeinwohl orientiert.» Neben Deutschland gibt es die Pflichtmitgliedschaft noch in 8 weiteren Ländern in Europa.

Adolf E. Real folgt auf Benno Büchel

Neuer Präsident des Liechtensteinischen Bankenverbandes

Adolf E. Real, Generaldirektor VP-Bank, ist der neuen Präsidenten des Liechtensteinischen Bankenverbandes (LBV). Turnusgemäss übernahm er das Amt von Benno Büchel, welcher die letzten zwei Jahre dem LBV als Präsident vorstand. Zum Vizepräsidenten wurde Thomas Piske, Generaldirektor der LGT Bank in Liechtenstein, gewählt. Das ergab gestern die ordentliche Generalversammlung des LBV.

Benno Büchel zog ein Fazit über seine Amtszeit, in welcher es infolge der sehr guten Zusammenarbeit mit Behörden und Verbänden gelungen sei, das in den letzten Jahren im Zusammenhang mit der Geldwäscherei-Bekämpfung bestehende Misstrauen der internationalen Staatengemeinschaft gegenüber Liechtenstein zu überwinden. Nunmehr sei der gute Ruf Liechtensteins dank der sehr schnellen und koordinierten Reaktion auf die vorgebrachten Vorwürfe wieder hergestellt. Der LBV habe sich in den letzten zwei Jahren seiner

Präsidenschaft nach aussen und innen profilieren können, wofür Benno Büchel dem Sekretariat und dem Vorstand des LBV sowie all jenen Personen danke, die in den letzten zwei Jahren in Ausschüssen und Arbeitsgruppen des LBV gearbeitet haben. Benno Büchel wies auf das international gewonnene Vertrauen in den Finanzplatz Liechtenstein hin. Es sei wichtig, dass sich Liechtenstein in Zukunft selbstbewusst den neuen Herausforderungen und internationalen Entwicklungen (Rechtshilfe, EU-Zinsbesteuerung etc.) stelle und diesen möglichst flexibel entgegen-trete. Schliesslich dürfe auch künftig der Faktor Mensch nicht unberücksichtigt bleiben. Daher müsse verstärkt die Fach-, Sozialkompetenz und Verantwortung gefördert werden. Benno Büchel schloss mit der Zuversicht, dass Liechtenstein dank seiner hervorragenden Rahmenbedingungen, Produkte und Dienstleistungen auch in Zukunft viel zu bieten habe.



Der neue Präsident des Liechtensteinischen Bankenverbandes: VP-Bank-Generaldirektor Adolf E. Real

Adolf E. Real bedankte sich bei Benno Büchel für die herausragenden Leistungen in den letzten schwierigen zwei Jah-

ren, die es ihm erlauben würden, die Präsidenschaft auf einer sehr guten Basis fortzusetzen. Adolf E. Real richtete seine Blick schon auf die künftigen Herausforderungen des Finanzplatzes Liechtenstein, welche nun pro-aktiv angenommen werden sollten, um so rechtzeitig und ohne grösseren Zeitdruck handeln zu können. Der Vorstand des LBV bleibt personell unverändert und setzt sich aus folgenden Personen zusammen: Adolf E. Real (Verwaltungs- und Privat-Bank AG), Präsident, Thomas Piske (LGT Bank in Liechtenstein AG), Vizepräsident, K. Heinz Beck (Serica Bank AG), Benno Büchel (Liechtensteinische Landesbank AG), Willy Bürzle (Neue Bank AG), Klaus Eberhard (Hypo Investment Bank AG), Dr. Jochen Hadermann (Centrum Bank AG), Franz Schädler (swissfirst Bank AG). Zudem informierte vor Beginn der Sitzung Regierungschef Otmar Hasler die Versammlung über die anstehenden Herausforderungen für den Finanzplatz.

Flüchtlingsdrama in Australien

WOOMERA: Im australischen Flüchtlingsdrama hat eine Regierungskommission die Schliessung des Wüstenlagers Woomera gefordert. Das Einwanderungsministerium setzt hingegen auf Abschiebung der Flüchtlinge. Flüchtlingskinder drohen weiterhin Selbstmord.

Es drohe eine «menschliche Tragödie nicht vorhersehbaren Ausmasses», erklärten die Kommissionsmitglieder am Dienstag in Sydney. Die Umgehung des Lagers als «extrem unwirtschaftlich». Die von Einwanderungsminister Philip Ruddock eingesetzte Kommission forderte die Regierung auf, als erste Massnahme die Zahl der Insassen in dem Lager Woomera drastisch zu verkleinern.

Es war ursprünglich als Raketenbasis in der abgelegenen Wüstenregion im Landesinneren gebaut worden. Mit der Eröffnung weiterer Lager könnten Unruhen vermieden werden. Zumindest aber müssten die Flüchtlinge menschlicher behandelt werden. Seite 25